

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 24 (1983)  
**Heft:** 8

**Artikel:** Kontroversen : eine Lektüre, die gerade unsere Leser vom ZeitBild interessieren kann  
**Autor:** Sager, Peter  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1093539>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Politische Briefe  
an und von Peter Sager  
in Buchform

# Kontroversen

Eine Lektüre,  
die gerade unsere Leser vom ZeitBild  
interessieren kann

Die neueste Publikation im SOI-Verlag\* besteht aus einer von Erwin Heimann herausgegebenen Anzahl von Briefen, die Dr. Peter Sager, Leiter des Schweizerischen Ost-Instituts und Chefredaktor von «ZeitBild», erhalten und geschrieben hat. Aus Sach- und Formfragen heraus entwickelt sich dabei gesamthaft ein variantenreicher Beitrag zur grossen Auseinandersetzung unserer Zeit um eine demokratische oder totalitäre Zukunft.

«Kontroversen» ist ein guter Titel für diese Broschüre. Denn es geht um thematische Auseinandersetzungen und nicht um persönliche Befehdung, nicht einmal – liesse sich beifügen – als Erwiderung. Dieser Art von Auseinandersetzung gesteht Heimann den Zweck zu, den Weg zu einer möglichen Verständigung zu öffnen, Verständigung durch *Verdeutlichung* der Grundpositionen, ohne ihre Preisgabe.

Was beim ersten Durchblättern des Buches auffällt, ist in mehreren Fällen die Länge von Sagers Antworten. Beim Lesen merkt man dann, *warum* sie ausführlich geworden sind: Sager geht umsichtig auf die vorgebrachten Punkte ein und übersichtlich auf die jeweils geöffnete Thematik. Zuweilen greift er Vorwürfe auf, die nur impliziert waren, zuweilen prüft er Einwände, die er seiner eigenen Argumentation entgegenstellt. Dem persönlichen Gegenüber und seinem Anliegen soll Gerechtigkeit widerfahren ebenso wie dem Gesamtanliegen. Weder «Abschreibung» noch Beschwichtigung, sondern Fairness im Umgang mit Personen und Gedanken. Und Suche nach den jeweiligen Zusammenhängen so gut wie nach dem bindenden Zusammenhang.

\*«Kontroversen. Peter Sager im Dialog mit Freunden und Gegnern.» Briefwechsel, herausgegeben und eingeleitet von Erwin Heimann. Verlag Schweizerisches Ost-Institut, Bern 1983. 211 Seiten, Fr. 19.80.

Aber es wird Zeit, konkreter zu werden. Anlass zu den Briefwechseln waren häufig Beanstandungen von Lesern an ZeitBild, sonstigen SOI-Periodika oder SOI-Büchern. Es gibt auch Fragen und Zweifel, die bei anderer Gelegenheit geäussert werden, oder überhaupt so.

## Einäugigkeit

Wir wollen hier nicht untersuchen, wieviel man mit wieviel Berechtigung zum Beispiel am ZeitBild aussetzen kann, auch wenn man vom Aufrechnen der Druckfehler und dergleichen absieht. Aber es gibt Standardbeschuldigungen, die mit spezifischen Haupteigenschaften dieser Zeitschrift zu tun haben. Zum Beispiel, *dass* sie sich mit dem Totalitarismus anlegt, und *wie* sie es tut.

Beides wird uns zum Vorwurf gemacht, vielleicht von Nichtlesern häufiger als von Lesern, aber die Beschuldigung, einseitig zu sein, liegt bei unserer Ausrichtung sozusagen «drin». Wir haben uns gewöhnt, mit ihr zu leben, aber zuweilen dürfen wir auch zeigen, dass wir sie zu beantworten wissen. Nicht um uns reinzuwaschen, sondern um uns darüber Rechenschaft zu geben, ob unsere Haltung einen guten Grund hat oder nicht.

Die Vorstellung der neuen Broschüre gibt uns Gelegenheit, das anhand eines Briefwechsels zu tun, der im Spätsommer letzten Jahres stattgefunden hat (andere Äusserungen und Gegenäusserungen dieser Veröffentlichung berühren die-

ses Hauptmotiv in unterschiedlicher Form ebenfalls).

P. H. in A. hatte sich die Mühe genommen, seine Abonnementskündigung zu begründen, und zwar folgendermassen:

**Leider habe ich mit Ihrer zunehmend einseitigeren, gleichzeitig aber auch langweiligeren und sehr oft nur noch polemischen Art und Weise, Entwicklungen und Verhältnisse im Ostblock zu präsentieren, zusehends Mühe. Auch wenn man der Politik im Osten mit sehr viel Vorbehalt begegnet, oder vielleicht gerade dann, merkt man, dass Ihre Art der Scheinargumentation, die weder sauber nachvollziehbar, noch in ihrem Stellenwert überprüfbar ist, letztlich nur auf billiger Sensationsmasche beruht. Es gibt inzwischen nun doch einige Zeitschriften, übrigens auch «rechtsstehende» Tageszeitungen, die in äusserst seriöser und informativer Art die Vorgänge im Osten kritisieren. Vielleicht zeichnet sich ernstzunehmende Kritik auch dadurch aus, dass sie die – wenn auch wenigen – positiven Aspekte zu würdigen weiss. Dieses Qualitätsmerkmal kann ich Ihrem Blatt zusehends weniger attestieren.**

In der ungefähr ersten Hälfte seiner Antwort befasst sich Sager mit den Vorwürfen von Langweiligkeit bis Sensationsmasche und diskutiert unter anderem auch Begriffe wie die Überprüfbarkeit der Information. Was wir aber hier bringen, ist jener Teil der Antwort, der die Forde-

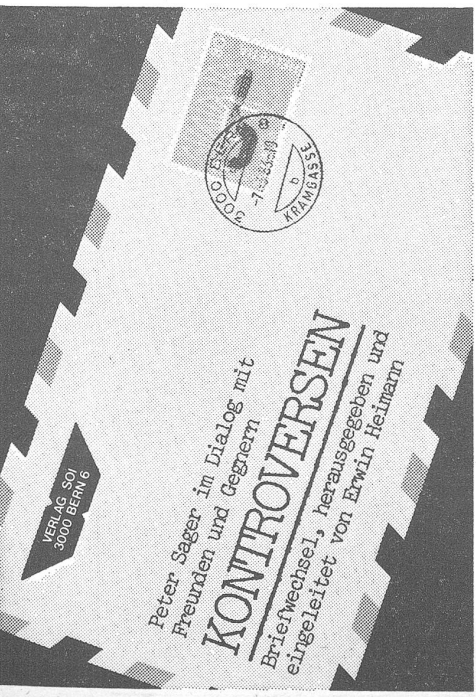
rung behandelt, wir sollten auch die positiven Aspekte von Zuständen und Entwicklungen im Sowjetlager würdigen.

*Sie schreiben weiter, eine ernstzunehmende Kritik zeichne sich vielleicht auch dadurch aus, «dass sie die – wenn auch wenigen – positiven Aspekte zu würdigen weiss». Sie verweisen in diesem Zusammenhang darauf, dass einige Zeitschriften, auch «rechtsgerichtete», in «äusserst seriöser und informativer Art die Vorgänge im Osten kritisieren». Hier wären zu einer konkreten Diskussion wiederum Beispiele nötig. Sicher ist, dass wir ein Monopol auf Kritik weder beanspruchen können noch wollen. (...)*

*Es könnte sein, dass Sie als «äusserst seriös und informativ» jene Berichterstattung und Wertung betrachten, die über die blossе Beschreibung nicht hinausgelangt, für den Leser keine Schlussfolgerung zieht und ihm keine Orientierungshilfe für sein Verhalten vermittelt. Das zu tun rechnen wir jedoch zu unseren Aufgaben.*

*Nun aber etwas eingehender zum Vorhalt, dass wir die wenigen positiven Aspekte nicht würdigen. Sie haben weitgehend recht, doch bitten wir Sie, unsere Begründung zu überdenken.*

*Zu den positiven Errungenschaften der Sowjetunion werden gezählt: weitgehende Liquidierung des Analphabetentums, Aufbau einer Industrie, Anhebung des Lebensstandards im Vergleich zu 1913. Solche Fortschritte hätte ein demokratisches System zweifellos in grösserem Ausmass zu erzielen vermocht; sie dürfen nicht über den Umstand hinwegtäuschen, dass eine andere Staatsordnung nach 65 Jahren wesentlichere Errungenschaften vorzuweisen hätte. Dass die Sowjetunion anders als vor 1913 Weizen importieren und für viele Nahrungsmittel Rationierungskarten ausgeben muss, ferner den gesetzlichen Anspruch auf 9m<sup>2</sup> Wohnraum je Kopf (unter Einschluss von Küche, Gang und Toiletten) nicht einmal überall sichern*



## Zitiert...

**«Ausserdem ist es eine krasse Verkennung der Wirklichkeit, wenn die Meinung in die Welt gesetzt wird, die Ablehnung eines totalitären Regimes sei nur die Sache politisch Rechtsstehender. Diese Ablehnung ist über alle politischen Fronten und in allen Bevölkerungsschichten, wenn vielleicht auch mehr oder weniger deutlich, vorhanden. Allein aus dieser Tatsache rechtfertigt sich die Tätigkeit des Ost-Instituts, und damit meine Mitarbeit.»**

*Erwin Heimann in seinem Vorwort zu «Kontroversen».*

kann, sollte bald 40 Jahre nach Abschluss des Zweiten Weltkrieges nicht mehr diesem Krieg, sondern dem System angelastet werden.

Überdies möchte ich betonen, dass wir nur einen Bruchteil der in der osteuropäischen Presse rapportierten Kritik an der Misswirtschaft übernehmen. Hierbei ist der Unterschied der, dass wir im Gegensatz zur dortigen Presse die Verantwortung dafür dem System und nicht den Menschen anlasten.

Tatsächlich gibt es Errungenschaften, mit denen die Sowjetunion offene Gesellschaften übertrifft, vor allem in der Förderung von Sport und Kultur, letztere namentlich was Museen, Theater und Ballett sowie die billige Abgabe literarischer Klassiker in Buchform betrifft. Nun sind auch diese Leistungen allesamt systembedingt, da sie unter anderem der Propaganda dienen. Ihre positive Wertung enthält unausweichlich auch eine positive Wertung der geschlossenen Gesellschaft. Zumal keine Demokratie je fähig ist, sportliche oder kulturelle Leistungen und vor allem die dazu notwendige Infrastruktur auf die Dauer aufrechtzuerhalten, ohne das Volk auszubeuten.

Damit habe ich innenpolitische Erscheinungen ins Visier genommen. Das ZeitBild widmet sich indes vornehmlich den aussenpolitischen Problemen und jenen Entwicklungen, die aussenpolitisch wirksam werden: Sicherheitspolitik, Landesverteidigung, Aufrüstung, Entwicklungspolitik, Raumforschung, Energiepolitik. Bestimmt darf ich davon ausgehen, dass Sie auf dieser Ebene keine als positiv erwähnenswerten Leistungen erblicken. Nicht einmal in der Entwicklungspolitik könnten sie gefunden werden, da doch die Sowjetunion mehr Geld für die Propaganda über ihre Entwicklungshilfe einsetzt, als sie für diese selbst aufwendet.

Meines Erachtens dürfen kollektive Leistungen eines Volkes nie beurteilt werden unter Auslassung des Preises, der dem Volk zu diesem Zweck abgefordert worden ist. Zweifellos ist der Anblick von Pyramiden erhehend und beeindruckend. Wer aber dabei nicht der unmenschlich ausgebeuteten Sklavenarbeiter gedenkt, die diese Pyramiden errichten mussten, hat nach meiner Überzeugung seinen sozialen Sinn schon etwas abgestumpft oder ungenügend entwickelt.

*Es ist leicht, diese Überlegung sehr hautnah zu fassen. Nehmen wir Hitler und seinen Nationalsozialismus: Ich erinnere mich der Bewunderung, die Schweizer Mitte der 30er Jahre nach einem Besuch Deutschlands für Hitlers Autobahnen bekundeten. Als Urteil über die Autobahnen war sie zweifellos gerechtfertigt, nicht aber als Urteil über den Nationalsozialismus. Die beiden Dinge auseinanderzuhalten, setzt ein Differenzierungsvermögen voraus, das im Durchschnitt ganz einfach nicht gegeben ist. Dessen müsste man sich eingedenk bleiben, weil auch diese Erkenntnis Test des Differenzierungsvermögens ist.*

*Ich bin mir wohl bewusst, dass es Mode geworden ist, die sehr weitgehenden Parallelen zwischen Nationalsozialismus und Kommunismus zu bestreiten und zu verdrängen. Das tun Sie nicht, und darum verzichte ich auf den Nachweis, dass erstaunlich viele Gemeinsamkeiten gegeben sind. Immerhin ist doch tröstlich, dass diese Erkenntnis sich auch Bahn schafft. Die linksintellektuelle Amerikanerin Susan Sontag hat anfangs Februar in einer bedeutenden Rede auf diese Parallelen hingewiesen und den Kommunismus als «Faschismus mit menschlichem Antlitz» bezeichnet. Damit wollte sie gewiss nicht humane Züge des Kommunismus hervorheben, sondern einen wesentlichen Unterschied fixieren: Der Nationalsozialismus gab sich antidemokratisch, der Kommunismus gibt sich in seiner Propaganda demokratisch und sozial – worauf viele Menschen hereinfallen. (...)*

Zum Abschluss möchte ich eine Überlegung anstellen, zu der mich nicht Ihre Stellungnahme, wohl aber ein Hinweis in Ihrem Brief führt. Sie deuten an – und ich bin mir dessen wohl bewusst –, dass mehr und mehr Zeitungen positiv über die Sowjetunion berichten. Wir könnten beifügen: ungefähr parallel zur wachsenden destruktiven Kritik an Amerika. Was ich nun anmerke, möchte ich als allgemeine Erörterung über eine Zeiterscheinung und nicht als Kritik einer Ihnen unterstellten Haltung verstanden wissen.

## Bestellcoupon

Ex. **Kontroversen,**  
Fr. 19.80

Einzusenden an  
Buchhandlung SOI  
Postfach  
3000 Bern 6

Name \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_



Brodach/Hackenbroch/Kreklaue

# Wege ins Ausland

Ein Ratgeber für Ausbildung, Beruf und Freizeit im Ausland

1982, 235 Seiten,  
DIN A 5, broschiert;  
DM 29,80  
ISBN 3 8039 0243 6

Über die bestehenden Programmankündigungen einzelner Institutionen hinaus zeigen die Verfasser mit der vorliegenden Schrift die Vielfalt der Wege ins Ausland auf und dokumentieren, daß es für jeden Interessenten Programme, Stipendien und andere Förderungsmöglichkeiten für Auslandsaufenthalte gibt. Diese reichen vom Ferienaufenthalt für Schüler über das Berufspraktikum und die Berufstätigkeit im Ausland bis hin zum Forschungsaufenthalt für Wissenschaftler in aller Welt.

Das klar gegliederte Werk läßt jeden Interessenten leicht seinen Weg in das Land seiner Wahl finden und gibt ihm Hinweise für weitere Informationen und praktische Hilfen zur Realisierung.

#### Autoren:

Dr. H. Georg Brodach,  
Bundesverband der Deutschen  
Industrie

Dipl. Vw. Inge Hackenbroch

Dr. Carsten Kreklaue,  
Bundesverband der Deutschen  
Industrie

#### **Wer?**

Das Werk gibt einen Überblick über die Zielgruppen der bestehenden Förder- und Stipendienprogramme für Auslandsaufenthalte.

#### **Was?**

Gefördert werden Schüleraustausch, Ferienpraktika, Sprachlehrgänge, Studien- und Forschungsaufenthalte, berufliche Fortbildung, soziale Hilfsdienste und Universitäts- sowie Städtepartnerschaften.

#### **Durch wen?**

In einem ausführlichen Programmteil werden über 100 fördernde Institutionen aufgeführt, an die man sich wenden kann. Die Bandbreite reicht von privaten Vereinen über Stiftungen bis hin zu offiziellen Institutionen und den öffentlichen Händen.

#### **Wohin?**

Programme gibt es für nahezu sämtliche Länder der Welt. Das Werk zeigt den einschlägigen Weg in das Land Ihrer Wahl. Die Kriterien sind sowohl geographisch als auch berufsbezogen und an Sprachräumen orientiert.

#### **Wie?**

Weitere Einzelheiten zu Bewerbung und Durchführung sind dem ausführlichen Programmteil zu entnehmen. Darüber hinaus werden Anregungen und Übersetzungshilfen für Bewerbungsschreiben geliefert.

#### **Inhalt:**

Unter anderem werden dargestellt:

Die Bedeutung von Auslandserfahrungen

Orientierungshilfen für Auslandsaufenthalte

über 100 Einzelprogramme für

- Schüler
- Auszubildende
- Au-Pair
- Praktikanten
- Fachkräfte, Spezialisten
- Studenten
- Doktoranden
- Hochschulabsolventen/  
Akademiker
- Nachwuchswissenschaftler
- Hochschullehrer

Integriertes Auslandsstudium

Studium an Partnerhochschulen

Städtepartnerschaften

Auslandshandelskammern

Deutsche Schulen im Ausland

Zentrale Institutionen für die Arbeitsvermittlung ins Ausland

Deutsche Auslandsvertretungen

Musterbriefe und Vokabularium

## Weltforum Verlag

Weltforum Verlagsgesellschaft mbH für Politik und Auslandskunde · München · Köln · London  
Marienburger Straße 22 · D-5000 Köln 51 (Marienburg) · Telefon (0221) 388011

*Die Sowjetunion, die im Rahmen der «neuen Ostpolitik» – welche Entspannung bringen sollte – ihre militärische Überlegenheit sichern konnte, stellt eine immer ernsthaftere Bedrohung unmittelbar von Westeuropa dar. Zugleich ist diese Bedrohung nicht annähernd so sichtbar, wie sie Hitler gestaltet hat, als er auf einen militärischen Krieg zusteuerte.*

*Die UdSSR dagegen plant nicht einen militärischen Krieg als Hauptinstrument zur Erreichung der Hegemonie, sondern führt mit eindrücklicher Folgerichtigkeit den politischen Krieg. Hier gibt es keine Schlachtfelder, verlieren wenig Menschen ihr Leben, explodieren keine Bomben und Granate. Wo es das alles trotzdem gab oder gibt, in Vietnam, Äthiopien, Afghanistan und Angola beispielsweise, befinden sich die Schlachtfelder auf Nebenkriegsschauplätzen, bleiben lokalisiert und können daher etwa von Westeuropäern mit grosser Leichtigkeit verdrängt werden. Denn die Gefahr ist viel weniger sichtbar. Auch dauert sie ungleich länger an, weil der politische Krieg auf lange Fristen angelegt ist und keine Blitzsieg erlaubt.*

*Das hat zwei Folgen. Die Gefahr wird einerseits nur dumpf und unbewusst empfunden, und andererseits weckt sie Gefühle der Ohnmacht, weil der einzelne keine Einsatzmöglichkeit sieht.*

*Die dumpfe, anhaltende und langsam wachsende Gefahr aber führt zu einer Atrophie des Widerstandes: «If you can't beat it, join it», sagt ein angelsächsisches Sprichwort, fasst aber Konkurrenzlagen eher denn existentielle Bedrohungen ins Auge: ein russisches Wort spricht davon, dass der Gepeitschte endlich gar die Knute küsst.*

*Ich erinnere mich der 30er Jahre gut genug, um von der Annahme ausgehen zu dürfen, dass Hitler die nationalsozialistische Neuordnung gelungen wäre, wenn er den politischen statt militärischen Krieg geführt hätte. In dem Masse wären dann wohl auch «positivere Wertungen» nationalsozialistischer Leistungen zunehmend gefordert worden und wären die Konzentrationslager genauso verdrängt worden, wie der Gulag es jetzt wird. Darum erscheint mir die heute populäre «Vergangenheitsbewältigung» etwa mit dem «Holocaust»-Film über die Nazigreuel vorwiegend als eine Gegenwartsverdrängung. So ist mir die steigende Nachfrage nach positiveren Wertungen kommunistischer Leistungen sehr verständlich, weil sie Zeitgenossen entlasten, die alles in allem überfordert sind.*

Ich schliesse noch ein paar Worte zum Trend unserer Zeitschrift an. P.H. wirft ihr ja nicht bloss vor, sie sei langweilig, polemisch und einseitig, sondern zunehmend so. (Wobei die Langlewige vielleicht als Abwechslungslosigkeit der polemischen Zielobjekte verstanden wird; andere Leser halten gerade den polemischen Beiträgen wenigstens ihre Kurzweiligkeit zugute.) Verändert sich also ZeitBild laufend zum Schlechteren? Ich meine eher: das Bild der Zeit hat sich verändert.

Wir sind eine politische Zeitschrift, und wir befassen uns hauptgewichtig (wenn auch weniger exklusiv als vor ein paar Jahren) mit der kommunistisch regierten Welt. Wir sind keineswegs auf

negative Berichterstattung erpicht. Wir hatten seinerzeit die Entwicklung des Prager Frühlings überaus positiv gewürdigt; wir haben 1980/81 die Emanzipierung der polnischen Arbeiterschaft positiv gewertet; unsere Berichterstattung aus Ungarn betont immer wieder die positiven Aspekte, die dort (leider im Unterschied zum übrigen Sowjetlager) im gegebenen Ausmass ermöglicht sind; zum chinesischen Reformkurs der letzten Jahre haben wir so viel Gutes gesagt, dass der Leser eher in Gefahr geriet, unsere systemkritischen Vorbehalte grundsätzlicher Art nicht mitzukriegen.

Nur eben: Da können wir nicht just jene supermächtigen Kräfte positiv würdigen, welche die positiven Aspekte kaputt machen, wo immer ihre Auswirkung politisch wird. Und die lagerinterne Entwicklung steht nicht allein. Die Sowjetunion expandiert laufend und exportiert ihre Unterdrückung. Unter anderem mit Hilfe von Sympathisanten, Anpassern und Nützlichen draussen. ZeitBild hat auch ihnen in der letzten Zeit vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt, unter Würdigung der leider negativen Rolle, die sie politisch spielen. Und wir finden, dass unser Nein zur totalitären Bedrohung umso entschiedener sein muss, je mehr diese wächst. Wir können dabei immer noch alles mögliche falsch machen (und ergo verbessern), aber bei jenem «Dabei» muss es bleiben.

## Polen und Chile, «links» und «rechts»

Im weiten Feld und Umfeld dieser Hauptfrage bewegt sich vieles in der Debatte des neuen Buches, illustriert durch diverse Beispiele.

Ein Leser, der im ZeitBild viel Gelegenheit zum Ärger fand, wirft Sager vor, die Menschheit einfachheitshalber in «links» und «rechts» einzuteilen, die Welt nur eindimensional zu verstehen, statt mit einem mehrdimensionalen Koordinatensystem der Wirklichkeit gerecht zu werden.

Aus jenem gut geschriebenen Brief vom letzten Jahr einige Passagen, die wohl auch für das Denken von vielen andern Zeitgenossen symptomatisch sind.

**Wollen Sie diesen Kämpfer (Walesa) für die Rechte der Arbeiter als «rechts» einstufen, wenn er vom kommunistischen Staat eingesperrt wird? Hat Walesa andere Ziele als irgendein südamerikanischer Arbeiterführer, der natürlich «links» steht?**

**Hat die polnische Regierung andere Ziele als die argentinische, chilenische usw.? Versuchen nicht beide, mittels Polizei den starken Staat und die Herrschaft der Reichen zu stützen?**

**Und stehe ich selber nun links oder rechts, wenn ich den Staat Schweiz nicht zu stark wünsche, wenn ich keine Busipo will und gewisse Strafrechtsreformen (Strafbarkeit von Vorbereitungen) ablehne?**

**Wenn ich nun tatsächlich den Staat nicht zu stark wünsche und infolgedessen die meisten neuen Gesetze ablehne, bin ich doch wohl aber rechts. (...)**

**Seit man allerlei von der Rolle der CIA gehört hat, seit man im Fall Watergate etwas tiefer (...) ins Weisse Haus gesehen hat, hat Amerika das moralische Prestige verloren, und wir Europäer stützen uns nur noch auf Amerika, weil wir die Russen fürchten. (...) Aber wie sehen es die nichteuropäischen Staaten? Dort unterstützen die USA viele Regime, deren Verhalten den Grundsätzen aller Chartas ins Gesicht schlägt.**

**Nie dürfen wir, um die Freiheit vor den Russen zu retten, ein Polizeistaat werden. Nie dürfen wir mit unrechten Methoden das Recht verteidigen.**

Nun, so wenig es eine Spezialität gerade bei uns im SOI ist, von den «Russen» zu reden, wenn wir die Sowjetunion meinen, so wenig machen gerade wir die Generaleinteilung in «rechts» und «links» mit, und im ZeitBild schon gar nicht; dafür ist uns die Verfänglichkeit und Auswechselfarkeit der Begriffe zu gut bekannt. Und wir machen bei guter Gelegenheit selbst immer wieder darauf aufmerksam (auch in der «Polemik», denn wenn man einen sogenannten «Linken» als rechts einstuft, trifft man ihn dort, wo es ihm weh tut).

Sager stellt in seiner Antwort denn auch klar, dass er – wenn schon – die «einfache Einteilung» anders vornimmt:

*... nicht in links oder rechts, sondern in demokratische Mitte einerseits und totalitäre Extreme andererseits. (...) Wenn ich nun totalitäre Extreme ablehne und bekämpfe, so bleibe ich damit völlig auf der politischen Ebene; auf der menschlichen verweigere ich einem Extremisten weder die Gesprächsbereitschaft noch die Nächstenliebe. Doch auf der politischen Ebene gibt es für mich (...) keine Konzession. (...) Tatsächlich bin ich Wirkungsethiker und nicht Gesinnungsethiker.*

Nach dieser Feststellung, die wohl den Kern der persönlichen Sache trifft (und Anlass zu echten oder gespielten Missverständnissen sein kann), geht Sager daran, auf qualitative Unterschiede hinzuweisen, auf Proportionen und Vorrangigkeiten. Vieles davon gehört – so oder anders ausgedrückt – zum Selbstverständnis auch von unserer Zeitung. Und gibt uns eine Gelegenheit, das Prinzip unserer Gewichtsetzung zu rekapitulieren. Sager:

*Angesichts der Bedrohungslage drängt sich mir die Überzeugung auf, dass wir in der Grundsatzfrage – Erhaltung der offenen Gesellschaft – zusammenstehen müssen und vorläufig nicht primär über Einzelheiten der Gestaltung der Demokratie streiten dürften. Das betrifft den einfacheren Gegensatz Demokratie – Diktatur, und darauf komme ich noch zurück.*

*Das Bild kompliziert sich durch die halboffenen Gesellschaften namentlich Lateinamerikas und zum Teil auch Afrikas. (...) Hier nur soviel: Zwischen offenen und halboffenen Gesellschaften liegt ein quantitativer, zwischen halboffenen und geschlossenen Gesellschaften jedoch ein qualitativer Unterschied. Das darf nicht einmal dann übersehen werden, wenn sich die Lage des Bürgers vordergründig als vergleichbar erweist. Sie ist es nicht. Sicher hat der kubanische Zuckerplantagen-*

arbeiter unter Battista enorm zu leiden gehabt; aber er konnte berechnete Hoffnungen nähren, sich jenes Diktators einer halboffenen Gesellschaft entledigen zu können. Dem gleichen Arbeiter geht es unter Castro 20 Jahre später relativ ungefähr gleich schlecht, schlechter sogar, wenn man an Söldnerdienste denkt, die Kubaner in Afrika leisten müssen. Vor allem erscheint es hoffnungslos, den Diktator einer geschlossenen Gesellschaft zu stürzen.

Auf diesem Hintergrund möchte ich die Frage beurteilen, wie weit Walesa mit südamerikanischen Gewerkschaftern verglichen werden kann. Insofern beide sich für legitime Rechte der Arbeiter einsetzen, sind sie vergleichbar und geniessen durchaus meine Sympathie. Aber ich räume den polnischen Arbeitern das Recht auf (...) Widerstand ein, weil sie in einer geschlossenen Gesellschaft leben müssen. Sogar lateinamerikanische Gewerkschaftsführer haben sehr viel andere Möglichkeiten ausserhalb der Gewaltanwendung, um ihre Rechte zu wahren und zu mehren. Natürlich ist zuzugestehen, dass diese Rechte nicht in einem Tag erstritten werden können; aber das ist nirgends möglich und war es auch nicht bei uns. (...)

Desgleichen bin ich nicht bereit, die argentinische oder chilenische Regierung auf der gleichen Ebene anzusiedeln wie die polnische. In Argentinien und Chile kann die Regierung offen kritisiert werden, ist die Rückkehr zum Mehrparteiensystem in absehbarer Zeit zu erwarten, wird die Ein- und Ausreise kaum behindert, stehen die Regime nicht im Schutz internationaler Solidarität, bleibt die Zensur wenig wirksam. Anders in Polen: Selbst wenn die Regierung wollte, (...) kann sie einen Reformweg nicht verfolgen, der eben als Reformweg die sowjetische Vorherrschaft naturgemäss in Frage stellt.

Mit diesem Hinweis habe ich keineswegs Sympathien zu einer Militärjunta zum Ausdruck gebracht, sondern bloss manifeste und wesentliche Unterschiede festgehalten. (...)

Nun zurück zur Frage des «Links-Rechts-Schemas» und des «mehrdimensionalen Koordinatensystems». Im TM Band 31 «Demokratische Mitte und Totalitarismus» habe ich das «Links-Rechts-Schema» verworfen und die Ansicht vertreten, dass links und rechts zur demokratischen Mitte gehören, dass Linke mit Rechten geistig viel näher verwandt sind – und sich dessen bewusst werden müssten – als Linke und Linksextreme oder Rechte und Rechtsextreme. Dafür habe ich ein zweidimensionales System vorgeschlagen, mit dem ich ebenso wenig Erfolg hatte, wie Sie es mit Ihrem Koordinatensystem haben werden – weil zu wenig Menschen um Begriffe ringen. (...)

An Ihrem Vorschlag bereiten mir die Definitionen einige Mühe. In der gegenwärtigen Periode und angesichts der gegebenen Bedrohungslage stehe ich ein für einen starken Staat; ob ich darum ein Linker bin, bleibt offen und ist mir nebensächlich. So schlage ich vor, diese Schemata zu verlassen, weil sie bloss einen wenig tauglichen Denkersatz darstellen. Wer links stehen will und darum einen starken Staat befürwortet (oder umgekehrt) und

STEIGER  
DRUCK AG  
BERN



Moserstrasse 31  
3014 Bern  
Telefon 031 41 27 75

... Steiger druckt's

# WILHELM BRAUMÜLLER

## Universitäts-Verlagsbuchhandlung GmbH.

Studien zur Österreichischen und Internationalen Politik  
Band 4

Anton Pelinka

### Modellfall Österreich?

Möglichkeiten und Grenzen der Sozialpartnerschaft

1981. Kart. 117 Seiten öS 198,—, DM 28,—

Das Buch beschreibt, unter welchen Voraussetzungen die österreichische Sozialpartnerschaft entstanden ist. Von diesen spezifischen Rahmenbedingungen ausgehend wird die Funktionsweise der Sozialpartnerschaft dargestellt. Das Funktionieren führt zu den Ergebnissen, welche die österreichische Politik und die österreichische Gesellschaft von heute wesentlich prägen. Der Autor geht auch auf die Kritik an der Sozialpartnerschaft ein.

A-1092 Wien · Servitengasse 5

immer nur nach dem Massstab der Staatsstärkung entscheidet, hat zu denken aufgehört und wird zum Ideologen.

In diesem Lichte ist es mir bei der Frage von Busipo oder Strafrechtsreform nicht wichtig, ob ich im Falle einer Befürwortung links oder rechts stehe, sondern ob die Vorschläge der gegenwärtig (leider) notwendigen Stärkung der offenen Gesellschaft dienen oder nicht.

Die offene Gesellschaft ist in Theorie und Praxis der schwächste Staat, der eben noch existenzfähig bleibt. Voraussetzung dazu ist ein hoher Grad von Konsens. Sinkt dieser unter eine (nicht genau bestimmbare und jedenfalls nicht messbare) Schwelle, so verliert die offene Gesellschaft ihre Existenzfähigkeit. Ein Beispiel dafür ist die Weimarer Demokratie, die innenpolitisch gescheitert ist.

Es gibt auch aussenpolitische Bedrohungslagen, welche die Demokratie zu Verstärkungen zwingen; das geschah bisher meist durch den Notstand als Folge militärischer Kriegshandlungen. Beispiele sind etwa Grossbritannien und die USA während des Zweiten Weltkrieges. Unter solchen Umständen wird die Stärkung des Staates auf dem Gesetzesweg erzwungen; der freiwillige Appell würde nicht genügen.

Meines Erachtens sind die westlichen Staaten sowohl innen- als auch aussenpolitisch gefährdet. Auf der ersten Ebene ist die Gefahr zum Teil sichtbar geworden im Terrorismus, in der recht beliebig gewordenen Gewaltanwendung, in den Jugendkrawallen. Noch ungenügend sichtbar ist der Konsensverlust, der durch eine unter den gegebenen Bedingungen übersetzte (...) Kritik verursacht wird. (...)

Auf dem Hintergrund eines solchen Konsensverlustes und angesichts seiner Folgen sind Massnahmen zum Schutz des Staates durchaus notwendig. Daher muss ich Busipo und Strafrechtsreform befürworten, und das in der Gewissheit, dass solche Massnahmen aufgegeben werden können, wenn ihr Anlass – Terrorismus – überwunden ist. Diese Haltung kann ich erst recht verantworten, wenn ich die Alternative betrachte. Falls wir nämlich die offene Gesellschaft aus idealdemokratischen Gründen nicht schützen und dadurch den Staat schwächen, droht er zusammenzubrechen. Er wird dann durch eine halboffene oder schlimmstenfalls gar durch eine geschlossene Gesellschaft abgelöst, in welcher der Bürger nicht mehr einer revozierbaren Busipo gegenübersteht, sondern einer nicht kontrollierbaren Gestapo oder einem allmächtigen KGB ausgeliefert ist. (...)

Begreiflicherweise haben Sie Mühe mit den «meisten neuen Gesetzen»; ich teile Ihre Mühe. Aber wir sollten uns andererseits auch der Ursachen bewusst werden. Gesetze sind Ordnungsregulative. (...) Ich entsinne mich sehr wohl der Zeit, da ich mich als Autofahrer nicht angurten musste und als Fussgänger die Strasse überqueren konnte, wo ich wollte. Dass hier gesetzliche Regelungen nötig wurden, ist nicht Ausdruck eines diktatorischen Willens, der uns in die Nähe des totalitären Staates

führt, sondern schlicht die Kehrseite des wachsenden Wohlstands, der so vielen Menschen Besitz und Verwendung eines Autos ermöglicht hat. Das eine ist nicht ohne das andere erhältlich, der Verzicht auf die Gesetzesflut mithin nicht ohne Dezimierung der Bevölkerung oder drastische Kürzung des Lebensstandards. Andererseits dürfen wir noch die Hoffnung haben, dass die Menschen schliesslich die eingetretene Entwicklung geistig bewältigen können, somit in abnehmendem Ausmass auf Ordnungsregulative angewiesen bleiben. Wer also «die meisten neuen Gesetze» einfach ablehnt, steht nicht links und nicht rechts, sondern deutet eine vorläufige Überforderung an. (...)

Nun zur Frage des Antiamerikanismus. Sie sehen seine Hauptursache in der Bereitschaft der USA, «jedes wenn auch noch so korrupte und mittelalterliche Regime zu unterstützen, wenn es nur anti-kommunistisch war». Da bin ich denn doch ganz anderer Meinung; meine Gründe werde ich kurz darzulegen versuchen. (...) Ich weise darauf hin, dass die USA, die nach dem Ersten Weltkrieg für die Demokratie missioniert haben und deswegen getadelt wurden, nach dem Zweiten Weltkrieg mit jedem Regime zusammenarbeiten wollten, weil diese schliesslich vom eigenen Volk entweder eingesetzt oder mindestens nicht abgesetzt worden sind. Im historischen Zusammenhang ist Ihr Vorwurf daher nicht haltbar.

Der Antiamerikanismus hat meines Erachtens vor allem westeuropäische Ursachen. Zweimal in diesem Jahrhundert hat Europa mörderische und selbstmörderische Weltkriege verschuldet; zweimal haben die USA rettend und entscheidend militärisch eingegriffen, ein drittes Mal zudem wirtschaftlich mit der Marshallplan-Hilfe.

Hilfeleistung ist eine schwierige Aufgabe, weil sie eine Dankspflicht begründet, die offenbar beim Empfänger der Hilfe oft ein Minderwertigkeitsgefühl weckt. Dazu kommt der Neid, dass der amerikanische Sohn und Schüler den europäischen Vater und Lehrer übertreffen konnte; der Neid auch, weil Nordamerika nicht der gleichen Bedrohung ausgesetzt ist wie Westeuropa; der Neid ferner, weil Europa – obwohl selbstverschuldet – nicht mehr Mittelpunkt der Welt ist. Schliesslich ist der Umstand zu beachten, dass Westeuropa heute völlig von den USA abhängig ist: Wir können ohne amerikanische Unterstützung dem sowjetischen Druck nicht standhalten. All das und einiges mehr ist verantwortlich dafür, dass in Europa Antiamerikanismus latent vorhanden ist.

Damit ist aber auch das sowjetische Interesse am westeuropäischen Antiamerikanismus hinlänglich erklärt. Wenn Westeuropa von Nordamerika isoliert werden kann, ist die sowjetische Beherrschung Westeuropas kaum mehr aufzuhalten. (...)

Sie führen den Antiamerikanismus nicht nur auf die Unterstützung korrupter Regime zurück, sondern auch auf den moralischen Prestigeverlust der USA als Folge von Watergate und CIA-Machenschaften. (...)

Ich meine, dass es auch hier nicht eine Frage von Gut und Böse ist, sondern von Besserem und Schlechterem.

Natürlich müssen wir gegen die Korruption kämpfen, sollten auch jene Staatsform vorziehen, die einen solchen Einsatz erfolgreicher erlaubt. Doch hätten wir mit der theoretisch vielleicht möglichen Ausmerzungen aller Korruption noch nichts getan zur Abwehr der Gefahr, die uns von den geschlossenen Gesellschaften wegen ihres Herrschaftsanspruches droht. Genausowenig schützt uns die nachweislich und zweifelsfrei bessere Lösung der sozialen Frage bei uns vor solcher Gefahr: eine unpopuläre, aber keineswegs überflüssige Wahrheit.

Und glauben Sie im Ernst, dass die USA bezüglich Korruption schlechter abschneiden als die UdSSR? Das Gegenteil trifft in krassem Ausmass zu. Ein amerikanischer Präsident musste nach seinen Watergate-Verfehlungen unter dem Druck der öffentlichen Meinung zurücktreten. Stalin musste sogar nach seinen wahnsinnigen Säuberungen von 1937/38 nicht zurücktreten. Und über das KGB und seine Machenschaften gibt es zwar Literatur im Westen, (...) aber in der Sowjetunion können Korruption der höchsten Stellen und Unmenschlichkeit des KGB weder offen dargelegt noch Revisionen zur Milderung erzwungen werden.

Falls wir nicht bereit sind, die erfolgreiche Ahndung von Machenschaften positiv zu beurteilen, so könnten wir mitschuldig werden daran, wenn sich auch unsere Gesellschaften schliessen müssen. Wenn die USA darunter zu leiden haben, dass freigelegte und korrigierte, vergleichsweise harmlose Korruptionsfälle den Antiamerikanismus fördern, die UdSSR aber davon profitiert, dass sogar schwere Verfehlungen bestenfalls nur als historische Fakten bekannt werden (Chruschtschows Stalin-Kritik drei Jahre nach Stalins Tod), so wird sich die offene Gesellschaft als lebensunfähig erweisen. (...)

## Kirchen

Zum Thema «Religion-Dritte Welt» gibt es in der Broschüre unter anderem ein Gespräch, das sich über mehrere Jahre hinzieht. Auch das Zeit-Bild hat sich in den letzten Jahren mit vermehrten kritischen Analysen diesem Fragenkomplex gewidmet.

Hier bringen wir aus einem Brief Sagers vom letzten Sommer einen Ausschnitt über die politische Einbettung kirchlicher Hilfstätigkeit.

Ich habe leider keinen Anlass, meine Meinung über gewisse Hilfswerke und verwandte Organisationen zu ändern, im Gegenteil. Um nur ein neues Beispiel zu nennen: In der HEKS-Zeitung vom Juli/August 1982 wird der Bericht eines Mitarbeiters der Menschenrechtskommission in San Salvador veröffentlicht. Es scheint sich um eine sehr umfassende, grosse Organisation zu handeln, verfügt sie doch über eine Rechtsabteilung, eine Statistik-Abteilung, eine Informationsabteilung und eine Foto-Abteilung, ferner über Aussenstellen in

Zentralamerika, Mexiko, Europa und Nordamerika.

Wenn eine so grosse Organisation in El Salvador arbeiten kann, ist es um die Möglichkeiten der Opposition offenbar besser gestellt, als nach zahlreichen Zeitungsberichten zu schliessen wäre. In einem kommunistisch geführten Staat, in Osteuropa, aber auch in Kuba, Vietnam und andernorts, sind solche Organisationen undenkbar.

Aus diesem Bericht zitiere ich: «Viele Europäer und Nordamerikaner, die hierher kommen, können nicht verstehen, wie die Truppe an den Massakern teilnehmen kann. Aber da gibt es ein besonderes Detail: Die Truppen werden durch nordamerikanische Berater geleitet, die in einigen Offensiven die Leitung haben. Und jeder Soldat, der nicht gehorchen will, wird unmittelbar an Ort und Stelle erschossen.» Anschliessend wird ein reichlich unklares Beispiel dafür aufgeführt, dass im Rahmen einer militärischen Offensive gegen Guerillas auf Flüchtlinge geschossen worden sei.

Diese Aussage und ihre Veröffentlichung in der HEKS-Zeitung beurteile ich als eine Desinformation mit antiwestlicher und letztlich prokommunistischer Tendenz. Hier meine Begründung.

Zwar bin ich nicht in El Salvador gewesen, und ich masse mir nicht an, über den Wahrheitsgehalt der Aussage zu befinden. Wenn die Meldung aber wahr ist – woran ich persönlich einige Zweifel hege –, so wird es sich um eine Einzelercheinung handeln, die als solche nicht verallgemeinert werden darf, wenn man sich nicht der Desinformation schuldig machen will.

Nehmen wir einmal an, die Meldung treffe zu. Es wäre dann erstens zu bedenken, dass die vorausgehende Gewaltanwendung der Guerillas fatalerweise Gegengewalt erzeugen muss und zudem ein Klima schafft, in dem vieles möglich wird. Wir dürfen jedoch nicht die sekundäre Gewaltanwendung allein oder vorab verurteilen, weil und insoweit sie eine Folge der primären Gewaltanwendung durch die Guerillas ist. Soldaten haben den vollen Einsatz zu leisten, sofern es sich nicht um Massaker handelt. Eben diese Frage scheint mir durch den Umstand vernebelt, dass die oppositionellen Guerillas sich gutgläubig oder angeblich im Dienste hoher Ideale einsetzen. Wenn wir jedoch davon ausgehen, dass der (gute) Zweck alle Mittel heilige, befinden wir uns auf einer sehr gefährlichen und schiefen Ebene. Sogar die Inquisitoren

haben im Dienste hoher Ziele gehandelt. Spätestens seit jenen dunklen Zeiten der Verwirrung sollte die Menschheit gelernt haben, dass es auf die Wirkung ankommt und nicht so sehr auf die Gesinnung.

Zweitens ist es unausweichlich, dass in einem Guerillakrieg der eine oder andere die Nerven verlieren kann. Derartige Zustände und Bedingungen habe ich in mehrwöchigen Aufenthalten in Aden 1967 und in Vietnam 1968 studiert. Dort habe ich die Belastung verstehen gelernt, der namentlich ein regulärer Soldat ausgesetzt ist, wenn er nicht weiss, wo völlig unerwartet die nächste Bombe explodiert und von welchem nicht uniformierten Heckenschützen er unversehens beschossen werden kann. Heckenschützen können sich auch als Flüchtlinge tarnen.

Damit rechtfertige ich solche Vorkommnisse keineswegs, sondern möchte sie (...) in richtigen Proportionen zu sehen versuchen. Tatsächlich sind nicht solche Verfehlungen von Bedeutung; sie können beiden Seiten unterlaufen. Wichtiger ist mir etwas anderes, und das möchte ich mit einem Beispiel aus Vietnam belegen.

Sie erinnern sich vermutlich des Massakers von My Lai, wo ein amerikanischer Offizier befahl, auf die Zivilbevölkerung zu schiessen. Darüber wurde in der ganzen Weltpresse berichtet. Dieser Offizier führte keinen höheren Befehl aus; ihm hatten die Nerven versagt, und daher kam er vor ein Kriegsgericht, wurde verurteilt und später begnadigt. Der Vietcong hat jedoch solche Massaker systematisch verübt; ich nenne Dak Son, wo alle Frauen und Kinder eines Dorfes umgebracht wurden. Die Schuldigen kamen natürlich nicht vor Gericht, zumal sie Anweisungen befolgten. Und die Weltpresse hat darüber nicht so eingehend berichtet, obwohl der Vorfall als Indiz eines Systems sehr viel schlimmer war.

Zurück zu El Salvador und auch zu Guatemala. Es stellt sich nämlich drittens die Frage, ob die Massaker an den Zivilbevölkerungen, über die so viel geschrieben wird, wirklich von den dortigen Armeen ausgeführt oder ihnen nicht einfach von einer interessierten Propaganda angelastet werden. Wir wissen, dass Nazitruppen 1939 in polnischen Uniformen Zwischenfälle verursacht haben. Es gibt zuverlässige Hinweise dafür, dass sowjetische Soldaten heute ebenfalls in polnischen Uniformen auftreten. Da ich keinen einzigen Grund einzusehen vermag, warum die Armee in den beiden genannten Ländern gegen die eigene Be-

völkerung und nicht nur gegen die Guerillas eingesetzt würde; da ich zudem aus Guatemala den Bericht eines Schweizers erhalten habe, wonach ein ganz bestimmtes Massaker völlig zu Unrecht von der Auslandspresse der guatemalteckischen Armee unterschoben worden ist; da schliesslich einsichtig ist, dass solche Massaker eine revolutionäre Stimmung begünstigen, frage ich mich allen Ernstes, ob nicht Guerillas in Armeeuniformen mit Massakern den Hass der Bevölkerung auf Armee und Staat schüren müssen. Offenbar lässt sich die einheimische Bevölkerung von solchen Nachrichten weit weniger täuschen als Europäer fernab vom Geschehen; Beweis dafür ist die hohe Stimmbeteiligung an den Wahlen vom 28. März in El Salvador und die eindeutige Antiguerilla-Haltung des Volkes, die das Wahlergebnis sichtbar gemacht hat.

Gerade diese Wahlen haben die in der Weltpresse überwiegende Propagandalinie, es würden die Guerillas die Unterstützung des Volkes geniessen, auf eindrückliche Weise widerlegt. Doch hat das leider wenig dazu beigetragen, den linken Guerillas den verklärenden Nimbus als Kämpfer für Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit zu nehmen, der rechtsextremen Guerillas richtigerweise nicht zukommt.

Und viertens müssen angesichts des vom HEKS veröffentlichten Berichtes die Proportionen auch auf einer weiteren Ebene wiederhergestellt werden. In El Salvador sind 56 amerikanische Militärberater bei der Truppe tätig. Das HEKS nennt sie, nicht aber die 40000 Mann kubanischer Truppen in Angola und Mosambik. Und das HEKS bekundet nach wie vor Sympathien zum Sandinisten-Regime in Nicaragua, das sich bereits auf der Moskauer Linie befindet, übergeht aber ... den Umstand, dass die Armee, die unter Somoza 7000 Mann umfasste, bereits auf 40000 Mann vergrössert worden ist, derweil eine Volksmiliz von 200000 Männern und Frauen nach dem Vorbild der kubanischen Territorial-Miliz vorwiegend von kubanischen Militärberatern – es gibt deren 1700 in Nicaragua – ausgebildet wird. Wobei das südliche Nachbarland Costa Rica die Armee längst abgeschafft hat, und Nicaragua im Norden weder von Honduras noch von El Salvador bedroht wird.

Anlässlich meines Besuches in Vietnam habe ich übrigens Beweise dafür gesammelt, dass der Zwang zum Kampf unter Androhung der Erschiessung von den Vietcong tatsächlich systematisch betrieben worden ist – nicht von den Ameri-

## City Bank-Anlageplus

## 5% Anlageheft/-konto mit Zinsgarantie!

Mehr Zins – garantierter Zins und Sicherheit

Bis 30. Juni 1983

**CITY BANK**

Talstrasse 58,  
8021 Zürich,  
Tel. 01/211 76 11

– die Bank mit dem Anlageplus

Wir gehören zur Gruppe der Schweizerischen Kreditanstalt

- Diese Anlageformel interessiert mich/uns.  
 Bitte senden Sie mir/uns Ihre Unterlagen.  
 Könnten Sie sich bitte mit mir über Tel. Nr. \_\_\_\_\_ (am ehesten um \_\_\_\_\_ Uhr) in Verbindung setzen?

Name: \_\_\_\_\_ Vorname: \_\_\_\_\_

Strasse: \_\_\_\_\_

PLZ/Ort: \_\_\_\_\_

Einsenden an: CITY BANK, Talstr. 58, 8021 Zürich

ZB

kanern und nicht von den südvietnamesischen Truppen. Das HEKS hat niemals davon berichtet, vielmehr damals und heute noch Nordvietnam unterstützt. Auch beim schrecklichen Exodus vietnamesischer Flüchtlinge hat das HEKS nicht gegen die Ursache dieses Flüchtlingsstromes – das Terrorregime von Hanoi – protestiert, sondern gegen die thailändischen Beschränkungen in der Flüchtlingsaufnahme, nachdem das Land überschwemmt worden war mit Abertausenden aus Vietnam, Kambodscha und sogar aus Laos.

Im Falle von El Salvador aber organisiert das HEKS eine solche Protestaktion – an die Adresse der USA-Botschaft in Bern. In der bereits genannten HEKS-Zeitung wird dazu aufgefordert, «Tausende von Bittschreiben an die amerikanische Botschaft in Bern» zu richten, unter anderem mit der Begründung: «Über 50000 Menschen fanden allein in den letzten zwei Jahren einen gewaltsamen Tod, und rund 2 Millionen Menschen flohen aus Angst vor der Ausrottungspolitik der von der US-Regierung unterstützten Militärdiktaturen in Guatemala und El Salvador.»

Zwar setze ich hinter die 2 Millionen Flüchtlinge –

bei Bevölkerungszahlen von 6,5 Millionen für Guatemala und 4,2 Millionen für El Salvador – ein Fragezeichen. Zudem wäre zu prüfen, ob der Flüchtlingsstrom aus diesen Ländern nicht der von den Guerillas verursachten Unsicherheit mehr als den Regierungen anzulasten ist. Vor Ausbruch der Guerillatätigkeit hat es ja kaum eine Flüchtlingsbewegung gegeben. Aber das ist hier von untergeordneter Bedeutung. Kein Fragezeichen steht indes hinter den mehr als 2 Millionen Flüchtlingen aus Vietnam (bei etwa 200000 ertrunkenen Boatpeople) und mehr als 2 Millionen Flüchtlingen aus Afghanistan. Hier zählen wir den gewaltigen Flüchtlingsstrom aus anderen kommunistischen und sozialistischen Staaten nicht einmal hinzu; die dortigen Regime sind für über 80 Prozent aller Flüchtlinge unserer Zeit verantwortlich. Das HEKS hat meines Wissens noch nie zu einem Protest bei der sowjetischen Botschaft in Bern aufgerufen, vielmehr, wie schon gesagt, weiterhin Unterstützungsgelder ins kommunistische Vietnam geschickt. Auch wenn diese Hilfe dem geplagten Volk zukommt, wie ich annehme, hilft sie doch mit, dass das Regime seine Politik ungestörter weiterverfolgen kann.

## A-Werke

Einen verhältnismässig grossen Raum nehmen in der Broschüre die Fragen um Atomkraftwerke ein. Viele KKW-Gegner haben sich durch das ZeitBild angegriffen gefühlt, in ihrer blossen Eigenschaft als Atomkraftwerkgegner übrigens völlig zu Unrecht. Auch ist Sager in seinen Antworten zum Teil sehr eingehend auf die Sachfrage der Kernkraftwerke und der Energieversorgung überhaupt eingegangen, unter Darlegung politischer und anderer Zusammenhänge.

Bei dieser Gelegenheit ist es vielleicht gut, wieder einmal festzuhalten: Was das ZeitBild angeht, waren seine zum Teil sicher dezidierten Stellungnahmen nicht auf Atomkraftwerkgegner als solche gemünzt, sondern auf falsche Atomkraftwerkgegner und auf jene Mitmacher, die der politischen Selektivität im KKW-Bekämpfungsprogramm nicht widersprachen.

Um die ZeitBild-Thematik an einem Beispiel zu umreissen: Warum ist Harrisburg ein Thema, und warum ist Jaslovske Bohunice kein Thema? Vom zweiten Ding nie gehört? Ja, sehen Sie, genau das ist unser Thema.

Im tschechoslowakischen Kernkraftwerk Jaslovske Bohunice kam es sowohl 1976 als auch 1977 zu Zwischenfällen, die weitaus gravierender waren als alles, was in Harrisburg passierte. Im tschechoslowakischen Fall gelangte radioaktives Material in die stehenden und fliessenden Gewässer. Die Charta 77 hat eine Dokumentation über das ganze Geschehen zusammengestellt, die auch im Westen erhältlich ist.

Und wie hat die Anti-KKW-Bewegung bei uns dieses potenzierte Harrisburg bewusst gemacht? Auf die Gefahr einer sehr kleinen Vereinfachung hin: überhaupt nicht. Und das ist es, was wir ihr beispielhaft vorzuwerfen haben.

Die tschechoslowakischen Behörden haben dann 1980 das Kraftwerk schliessen müssen (sie waren unter anderem von der Internationalen Atomenergiebehörde in Wien – diskret – dazu gedrängt worden), eine Bestätigung für die Richtigkeit der Darstellung von Charta 77. Und nicht einmal dann ein Thema für die Bewegung bei uns.

Ein Leser hat sich sehr aufgeregt über eine Formulierung im ZeitBild Nr. 18/1982:

«Atomkraftwerke baut man in Ost und West. Aber im Osten darf ihnen nicht opponiert werden. Das ist der Unterschied, den bei uns etliche Leute noch nicht gemerkt haben wollen. Weil die Abschaffung des Sozialismus Vorbedingung ist zur Abschaffung der Nuklearwerke.»

Das war nicht zuletzt als dialektische Umkehrung des beliebten Satzes gemeint, dass bei uns die Atomkraftwerke durch die Profitinteressen «unserer Gesellschaft» bedingt würden. Aber, wenn man es bedenkt: Trifft jene beanstandete ZeitBild-Formulierung nicht auch platterdings zu?

Sager betont in seiner Antwort noch einen relevanten (und über die Atomsache hinausreichenden) Aspekt des Satzes:

*Die Abschaffung des Sozialismus ist die Vorbedingung zur Abschaffung der Nuklearwerke. Weil die UdSSR uns nicht nur den Rüstungswettilauf, sondern auch diesen technologischen Wettlauf aufzwingt.*



Damit ist die Thematik weder dieser Sache noch der Broschüre ausgeschöpft. Aber diese steht ja von jetzt an dem Interessierten direkt zur Verfügung. Auch wenn er sich zu den Kontroversen eigene Gedanken machen will, und gerade dann besonders.

**ZEITBILD** erscheint alle zwei Wochen

### ZeitBild

Redaktion – Administration – Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6  
Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar + Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a.M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

### Verantwortlicher Herausgeber und Verlag

Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)  
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

### Redaktion

Peter Sager, Christian Brügger

### Administration und Anzeigenverwaltung

Peter Dolder

### Abonnementspreise

	Schweiz	Ausland*
	Fr.	SFr./DM
Jahresabonnement	39.—	42.—
Einzelnummer	2.—	2.50

Jahresabonnement für Studenten, Lehrlinge und Schüler 25.— 28.—  
\*Luftpostzuschläge auf Anfrage

### Wissenschaftliche Mitarbeiter SOI

Hanni Tarsis, Prof. Dr. Laszlo Revesz, Dr. Ernest Schmidt, Dr. Max Keller, Ian Tickle, Saulo Herrero, Dr. Chien-jen Chen, Dr. Bohdan Gorski

### Korrespondenten

Dr. Michael Stemmer (Tel Aviv), Valerij Tarsis (Bern), Georg Bruderer (Bern).

### Redaktionelle Zusammenarbeit

Etudes politiques  
Redaktion Claude Rieser

### Anzeigentarif

Gemäss Anzeigenpreisliste Nr. 8

### Druck und Versand

Verbandsdruckerei AG Bern,  
Maulbeerstrasse 10, 3001 Bern

### Schweizerisches Ost-Institut

Forschung und Information  
über internationale Entwicklungen

### SOI-Informationsträger

Etudes politiques (Monatszeitung)  
SOI-Bilanz  
(monatl. Kurzanalyse der internationalen Lage)  
Informationsdienst (Übersicht über die Presse kommunistischer Staaten)  
Wirtschaftsdienst (Wirtschaftsentwicklung Osteuropas)  
Swiss Press Review and News Report (Artikel für die Presse Asien und Afrika)  
Revue de la Presse Suisse – Informations – Commentaires (Artikel für die Presse Afrika)  
Revista de la Prensa Suiza y Noticiario (Artikel für die Presse Lateinamerika)  
Nashrat as-Sahata as-Swissaria (Artikel für die arabische Presse)  
Mitteilungsblatt für die Freunde des SOI  
Vortragsdienst  
Buchhandlung  
Verlag (Taschenbuchreihe Tatsachen und Meinungen)

cb